

Schiersteiner Zeitung

Amts-Blatt.



Anzeigen-Blatt für Schierstein und Umgegend
(Schiersteiner Anzeiger) — (Schiersteiner Nachrichten) — (Schiersteiner Tagblatt)
(Schiersteiner Neues Nachrichten) — (Niederwallener Zeitung)

Erscheint: Dienstags,
Donnerstags, Samstags
Druck und Verlag
Probst'sche Buchdruckerei
Schierstein.
Verantwortlicher Schriftsteller
Wilh. Probst, Schierstein.

Fernruf Nr. 164.

Postfachkonto Frankfurt (Main) Nr. 16681.

Fernruf Nr. 164

Nr. 81.

Dienstag, den 15. Juli 1919.

27. Jahrgang

Gegen den Kaiserprozeß.

Amsterdam, 15. Juli. Nach einer Reuter-Meldung fragte Renworth im englischen Unterhause, ob in London die Regierung neue Besprechungen darüber mit den alliierten und assoziierten Mächten erwäge. — Bonar Law antwortete, er könne der Erklärung des ersten Ministers vom 8. Juli nichts hinzufügen.

Die Schweiz und der Völkerbund.

Genève, 15. Juli. Der Chef der schweizerischen Abordnung in Paris erklärte verschiedenen Blättern zufolge, daß, wenn die Zustimmung Deutschlands zum Völkerbund nicht erfolge, die Schweiz auf ihre Mitgliedschaft zum Völkerbund verzichte.

Ein amerikanischer Milliardenkredit?

Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ sagt in seiner finanziellen Wochenübersicht, Amerika habe nun beschlossen, Deutschland einen Kredit von 1 Milliarde Dollar einzuräumen. Deutschland brauche somit um seine Devisenkurse nicht mehr bange zu sein, könne mit dem Einkauf seiner Rohmaterialien beginnen und seine Industrien neu beleben.

Die erste Kriegsschadigung Deutschlands.

Nach dem „Echo de Paris“ hat Deutschland am 1. Oktober die erste Kriegsschadigungsrate in Höhe von 1 Milliarden Francs zu zahlen.

Chinesischer Protest.

Amsterdam, 15. Juli. Die „Times“ meldet aus New-York: Der Präsident der Republik China erklärte der Abordnung von chinesischen Patrioten, daß China den Friedensvertrag unterzeichnen müsse. Hierauf versuchten verschiedene Mitglieder der Deputation, die aus Kaufleuten, Lehrern und Studenten sich zusammensetzte, als Protest gegen die Zuweisung Schantungs an Japan in Gegenwart des Präsidenten der chinesischen Republik Selbstmord zu begehen. Bevor die Palastwache es verhindern konnte gelang es drei Mitgliedern der Abordnung, sich schwere Verwundungen zuzufügen.

Erneue zum Deutschtum.

Amsterdam, 15. Juli. Dem „Verl. Lokalan.“ wird aus Thorn berichtet, daß auf eine an sämtliche Staats- und Reichsbeamten in der Ostmark ergangene Anfrage, ob sie das abtretende Gebiet verlassen oder in polnische Dienste treten wollten, weil über 70 Proz. der Beamten, aus den höheren Beamten sogar fast 100 Proz., um Verweisung in andere preussische Gebiete gebeten und die Übernahme in polnische Dienste abgelehnt haben.

Wien, 15. Juli. Auf Umwegen eintreffende Meldungen besagen, daß der Ausnahmezustand in der Provinz Posen auf einer 20 Kilometer breiten Geländestrecke hinter der Front beschränkt worden ist.

Die Uebergabe Memels.

Amsterdam, 15. Juli. Nach einer Meldung der „Times“ soll die Uebergabe von Memel am 21. Juli von englischen, später von litauischen Truppen besetzt werden. Die Litauer planen große Feierlichkeiten zum Empfang der Engländer. Vertreter der litauischen National-Litwa sind nach Memel gereist, um Vorbereitungen für den Empfang zu treffen.

Heimkehr.

Amsterdam, 14. Juli. Der Dampfer „Prinzess Maloja“ mit etwa 1600 aus Amerika ausgewanderten Deutschen ist heute Nachmittag hier eingetroffen.

Amsterdam, 15. Juli. Paul „Telegraaf“ meldet die „Times“ aus Kapstadt, daß bisher 1480 Deutsche aus der Südafrikanischen Union nach Deutschland zurückgeschickt wurden. Die Heimkehrung weiterer hundert Deutsche steht bevor. Aus dem südwestlichen Schutzgebiet von Südwestafrika wurden 3250 Deutsche hauptsächlich Soldaten und Beamte, nach Deutschland zurückgeschickt. 2250 Deutsche warten auf die Heimkehr, sobald die nötigen Schiffe vorhanden sind.

Zur Friedensfrage.

Zur Aufhebung der Blockade.

Ministerpräsident Clemenceau hat eine Note folgenden Inhalts an den Präsidenten der deutschen Friedensdelegation gerichtet: Sie haben durch die Note vom 10. Juli mitgeteilt, daß der Präsident des Deutschen Reiches am 9. d. M. nach Zustimmung der gesetzgebenden Versammlung die Ratifikation des am 28. Juni unterzeichneten Friedensvertrages das angebotene Protokoll und das Abkommen über die militärische Befreiung der Inseln, die am selben Tage unterzeichnet wurde, vollzogen hat. Die Ratifikationsurkunde ist in einmaliger Ausfertigung im Generalsekretariat des Friedenskongresses niedergelegt worden. Ich habe die Ehre, Ihnen mitzuteilen, daß die alliierten und assoziierten Regierungen Kenntnis davon genommen haben, daß die ordnungsmäßige und vollständige Ratifikation des Friedensvertrages durch die deutsche Republik ihnen offiziell notifiziert wurde. Es ist infolgedessen Befehl gegeben worden, die Blockade Deutschlands vom 12. Juli ab aufzuheben. „Allgemeines Handelsblatt“ meldet, daß die Alliierten die Ratifikation des Abkommens mit der niederländischen Regierung, mit dem niederländischen Liebeskreuz und mit der niederländischen Ausfuhrgesellschaft aufgehoben haben.

Noch besteht keine Klarheit über die praktische Wirkung, die die Aufhebung der Blockade auf die wirtschaftlichen und Verkehrsverhältnisse in Deutschland ausüben wird. Aber wenn man auch vor allzu großen Hoffnungen warnen muß, daß man doch der Erwartung Ausdruck geben, daß sich die Zufuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen jetzt täglich bessern wird. Diese Voraussetzung für die Wiederaufnahme eines ruhigen und sicheren Arbeitslebens aber einigermaßen erfüllt, dann müssen Regierung, Parlament, Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen zusammenwirken, um einen nachhaltigen Arbeitswillen zu wecken. Die Kriegsjahre, die Revolutionen und die wilden Ströme sind nur zu sehr geeignet gewesen, den Arbeitswillen zu untergraben. Die Wirkung dieser, die Arbeitsscheu fördern, den Verhältnissen kann man nicht — wie Regierung und Parlament es zu erwarten scheinen — nur durch schöne Reden und warmherzige Aufrufe bekämpfen. Es hieße, die traurige Erfahrung unseres Volkes in dem letzten Jahrzehnt gründlich mißverstehen, wenn man glauben wollte, daß gute Worte hier zum Ziele führen. Gegenüber den trügerischen Versprechungen kommunistischer Führer und angeführten geistlosen Erscheinungen der bestehenden Notlage können nur Taten etwas fruchten. Taten, die der Arbeiter erkennen lassen, daß nur Arbeit seine Notlage überwindet. Vor allem muß noch eine möglichst gerechte Preismessung unserer Zufuhren erfolgen, damit die Aufhebung der Blockade in weiten Kreisen fühlbar wird. Der gegenwärtige Zustand, daß zwar alles zu haben ist, aber nur für den, der wirtschaftlich außerordentlich glänzend gestellt ist, wirkt aufreizend. Planmäßige Kreditoperationen im Ausland, die sich auf den Wert unserer Ausfuhr an fremder Währung gründen, müssen dem freien deutschen Kaufmann die Gelegenheit geben, wie vor dem Kriege draußen preiswert einzukaufen und im Inland mit nur mäßigem Nutzen zu verkaufen.

Nach der Ratifizierung.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ erhielt von zentraler Stelle folgende Zuschrift: In der französischen Presse wird vielfach die Frage erörtert, ob deutscherseits die Ratifikation des Friedensvertrages nicht auch noch von den Parlamenten Preußens und Bayerns genehmigt werden müsse, weil der Vertrag von diesen Einzelstaaten Gebiete abtrennt. Diese Frage wurde vor der Ratifikation von der zuständigen deutschen Stelle reiflich geprüft. Man gelangte zu dem Ergebnis, daß allein die Nationalversammlung und der Staatenausschuß die Ratifikation zu genehmigen hätten. Die Grundlage hierfür bildet das Gesetz und die vorläufige Staatsgewalt vom 10. Februar 1919. Hiernach hat die verfassungsgebende deutsche Nationalversammlung die Aufgabe, neben der künftigen Reichsverfassung auch sonstige dringende Reichsgesetze zu beschließen. Das Gesetz steht ferner ausdrücklich vor, daß der Friedensschluß durch Reichsgesetz erfolge. Damit ist die Reichsgesetzgebung kompetent für den Friedensschluß unbeschränkt, also doch für den Fall gegeben, daß der Friedensschluß die Abtrennung von Bundesstaatsgebiet vorsieht. Für das Zustandekommen der Reichsgesetze wird die Uebereinstimmung zwischen der Nationalversammlung und dem Staatenausschuß gefordert. Die Ratifikation des Vertrages wurde denn auch, bevor das Gesetz über den

Friedensschluß der Nationalversammlung vorgelegt wurde, vom Staatenausschuß unter Zustimmung der preussischen und bayerischen Vertreter genehmigt. Es kann daher keinem Zweifel unterliegen, daß das Gesetz über den Friedensschluß in vollkommener Uebereinstimmung mit dem gegenwärtig in Deutschland geltenden Staatsrecht erlassen wurde. Dementsprechend wurde auch in der Note der Alliierten die vom deutschen Reichspräsidenten vollzogene Ratifikation als ordnungsmäßig und vollständig anerkannt.

Der Prozeß gegen die Deutschen.

welche auf Grund des Friedensvertrages zur Aburteilung ausgeliefert werden müssen, wird im August in London stattfinden. An der Spitze der von der Entente



Deutsche, deren Auslieferung die Entente verlangt.

zur Auslieferung verlangten deutschen Staatsangehörigen stehen neben dem Kaiser die in unserem heutigen Tableau dargestellten früheren führenden Persönlichkeiten Deutschlands während des Weltkrieges.

Die Kriegsgefangenenfrage.

Der erste deutsche Kriegsgefangenentransport in Stärke von 3000 Mann soll am 24. Juli vom Kriegsgefangenenlager Reims abgehen.

Als erste Rate zum Empfang und zur Unterstützung der Kriegsgefangenen hat das Reich 1 Milliarde Mark angewiesen.

Der Korrespondent der „Neuen Zürcher Zeitung“ bestätigt, daß die Alliierten die Frage der Freigabe der deutschen Kriegsgefangenen nicht mit der Aufhebung der Blockade verbinden. Die Alliierten werden abwarten, bis die hauptsächlichsten Mächte den Friedensvertrag vollständig ratifiziert haben und bis die Ausführungskommission des Friedensvertrages eine Lösung in der Frage gefunden hat.

Die deutsch-französischen Handelsbeziehungen.

Infolge der Ratifizierung des Friedensvertrages durch Deutschland hat die französische Regierung beschlossen, vom 12. Juli an die deutsch-französischen Handelsbeziehungen frei zu gestalten für die Waren, deren Ausfuhr aus Frankreich erlaubt ist auf Grund von Bevollmächtigungen beim zuständigen Ministerium für solche Waren, deren Ausfuhr verboten ist. Verboten bleibt bis auf weiteres die Bezahlung oder Begleichung von Schulden, die von Deutschen und Franzosen und umgekehrt geschuldet werden und die vor dem Kriege fällig waren oder während des Krieges fällig wurden. Ebenso

Wird verboten die Zahlung von jammigen Summen. Verbieten sind gleichfalls alle Operationen bezüglich sequenzierter feindlicher Güter und jede Zahlung von Rupon, die seit August 1914 feindlichen Angehörigen gehört haben.

Die Wiederaufnahme der geschäftlichen Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland veranlassen „Hommes Libre“ zu einer Betrachtung, in der er sich bemüht, die etwas empfindlichen Geister, worunter sich gewisse Handelskammern befanden, zu beruhigen. Man habe offenbar vergessen, daß Frankreich viel zu große Wunden geschlagen wurden, als daß es zögern werde, in Gemeinschaft mit seinen Alliierten auf dem deutschen Markt aufzutreten. Dadurch werde es in die Lage versetzt, für den Wiederaufbau seiner Wirtschaft zu wirken. Durch den Bezug von Rohmaterial aus Deutschland würde die Industrie beschäftigt werden.

Die besetzten Rheinlande.

Verhandlungen in Versailles.

Freitag nachmittag fand im Trianon-Palast die erste Begegnung zwischen der deutschen Kommission für die besetzten Rheinlande und den Vertretern der Besatzungsmächte statt. Den Vorsitz führte auf deutscher Seite Unterstaatssekretär im Reichsministerium Le wald, auf Seiten der Alliierten der Vertreter Frankreichs, Louchet.

Unterstaatssekretär Lewald führte aus, die deutsche Regierung sei sich bewußt, daß an dem Wortlaut des Abkommens, nach dem es gezeichnet und deutschseits ratifiziert sei, nichts mehr geändert werden könne. Er hob jedoch hervor, daß ein genaues Studium und die Kenntnis der Vorgänge in verschiedenen rheinischen Landesteilen, insbesondere der Besatzungszone, zeige, daß es auf zahlreichen Gebieten noch besonderer Verständigungen über Einzelfragen bedürfe, um die knappen Bestimmungen des Abkommens in die Praxis umzusetzen. Der Wortlaut des Abkommens lasse zu verschiedenen Auslegungen Raum und habe deshalb in ganz Deutschland schwere Besorgnisse hervorgerufen. Es liege daher im beiderseitigen Interesse, daß über die Auslegung volle Klarheit geschaffen werde.

Unterstaatssekretär Lewald betonte, daß den Bewohnern des besetzten Rheinlandes in der Ausübung ihrer staatsbürgerlichen Rechte volle Freiheit gewährt und der Personen-, Güter- und Nachrichtenverkehr, sowohl innerhalb des besetzten Gebietes, wie auch zwischen dem besetzten Gebiet und dem übrigen Deutschland von allen Beschränkungen befreit werden müßte, sowie daß endlich eine möglichst weitgehende Erleichterung in den Einquartierungslasten einzutreten habe. Insbesondere gehe die deutsche Regierung auch davon aus, daß nunmehr die Zollgrenze mit der Reichsgrenze zusammenfallen müsse. An der Hand des Abkommens entwickelte Lewald bei jedem Artikel die wichtigsten deutschen Punkte.

Der Vertreter Frankreichs erwiderte, daß die hier versammelte Kommission das Abkommen selbst ausgearbeitet habe und daher versichern könne, daß sie von dem Wunsch geleitet gewesen sei, die Lasten für die Bevölkerung des besetzten Rheinlands so sehr wie möglich zu erleichtern. Im übrigen seien die von dem Vorsitzenden der deutschen Kommission aufgeworfenen Fragen so vielseitig und so schwerwiegend, daß eine sofortige Antwort darauf nicht gegeben werden könne. Die alliierten Regierungen müßten vielmehr in Gemeinschaft mit den Militärstellen in weitgehende Beratungen eintreten und zu jeder der zur Erörterung stehenden Fragen Stellung nehmen. Er schlug deshalb vor, die Verhandlungen erst fortzusetzen, wenn die Prüfung auf Seiten der Besatzungsmächte abgeschlossen sei. Er

vertrug sich dann die Kommission nach Ablauf einer Tage zu einer neuen Sitzung einladen. Der deutsche Vertreter erklärte sich damit einverstanden. Die Kommission wird nach Deutschland zurückkehren und die Verhandlungspause dazu benutzen, mit den Abgeordneten und sonstigen Sachverständigen aus dem besetzten Gebiet über die Einzelheiten des Abkommens in Beratungen einzutreten.

Die Nationalversammlung.

Weimar, 11. Juli.

Am Regierungstische: Dr. David, Dr. Preuß, Wisjel. — Präsident Fehrenbach eröffnete die Sitzung 9.30 Uhr.

Das Haus erledigt zunächst kleine Anträge. Abg. Veidt (DnL) wiederholt die am 1. Juli nicht beantwortete Anfrage über den Ueberfall des Kapitänleutnants von Müde, während eines Schülervortrags in Frankfurt a. M. — Regierungsvertreter Frhr. v. Belder bestätigt die in der Anfrage mitgeteilten Tatsachen. Die preussische Regierung soll ersucht werden, für bessere Sicherheit der Person in Frankfurt am Main Sorge zu tragen.

Eine Anfrage des Abg. Dr. Beder (D. Sp.) lenkt die Aufmerksamkeit auf die Notlage der infolge des Friedensvertrags von Deutschland abgetrennten Gebiete stellunglos werdenden Reichsbeamten. — Regierungsvertreter Frhr. v. Belder sagt zu, daß die Regierung nicht nur der vorübergehenden Not steuern würde, sondern den betreffenden Reichsbeamten auch wieder Stellung verschaffen will.

Abg. Dellus (Demokrat) fordert im Hinblick auf die Buchpreise für kirchliche Vorkehrungen, damit wenigstens die Herbstoberte der Bevölkerung zu angemessenen Preisen zugeführt werden kann. — Regierungsvertreter Dr. Biederlein führt aus, daß die Kirchenpreise, zum Teil unter entsprechenden Maßnahmen der Bevölkerung, eine Wendung erfahren hätten. Ueber die Herbstoberte könne noch keine Entscheidung getroffen werden.

Eine Anfrage des Abg. Dr. Beder (D. Sp.) regt gefühlte Maßnahmen zur Entschädigung von Patentinhabern an, die Verluste erlitten haben infolge der Hinderung der Ausnutzung der Patente durch den Krieg. — Unterstaatssekretär Lebrück teilt mit, daß die Reichsregierung nicht beabsichtige, über die Angelegenheit eine Vorlage anzubringen, da das eine ungerechtfertigte Bevorzugung einer einzelnen Bevölkerungsklasse sein würde. Für die durch die belgische Besetzung der Rheinlande requirierten Pferde, auf die sich eine Anfrage des Abg. Bergmann (Ztr.) bezieht, sagt Regierungsvertreter Frhr. v. Belder aus Billigkeitsgründen Entschädigung zu.

Abg. Blum (Ztr.) rügt in einer Anfrage die unbefriedigende finanzielle Regelung für die den Gemeinden auf der linken Rheinseite erwachsenden Einquartierungslasten. — Regierungsvertreter Frhr. v. Belder stellt rasche Hilfe in Aussicht.

Abg. Dr. Kieffer (D. Sp.) bemängelt in einer Anfrage die geschmacklose Ausführung der Erinnerungsmedaillen für die Nationalversammlung. — Ein Vertreter des Reichspostministeriums antwortet, daß das Preisrichterkollegium aus 15 Herren, darunter zweidrittel Künstler und Kunstfachverständige, bestanden habe. Es ist beabsichtigt, diese Marken solange im Verkehr zu lassen, bis neue Marken als Ersatz für die Germania-Marken herausgegeben sind. Durch ein neues Preisanschreiben sollen die neuen Entwürfe gewonnen werden.

Hierauf wird die Beratung der Verfassung fortgesetzt. Sie beginnt mit dem zweiten Hauptteil: Grundrechte und Grundpflichten der Deutschen.

Artikel 107 besagt: Die Grundrechte und Grundpflichten bilden Richtschnur und Schranken für die Gesetzgebung, die Verwaltung und die Rechtspflege im Reich und in den Ländern.

Abg. Heinke (D. Sp.) legt die schweren Bedenken dar, die vom Standpunkt des Juristen wie des Politikers gegen die Aufnahme so umfangreicher Grundrechte in die Verfassung zu erheben seien.

Abg. Koch-Rassel (Dem.): Die uns vorliegenden Grundrechte sind nicht ein wenig in die Zukunft schauen des Wort, sondern ein Kompromiß zwischen den verschiedenen Parteilösungen, ein interfraktionelles Programm mit allen seinen Schwächen und Unklarheiten (Sehr richtig).

Reichskommissar Dr. Preuß: Wenn es nicht möglich sein sollte, sich kurzfristig mit gegenseitiger Verständigung über die Grundrechte zu verständigen, so müßte ich Ihnen im Interesse der hohen Aufgabe, die dieser Nationalversammlung den Namen gegeben hat, dringend anheimgeben, den konstruktiven Teil des Entwurfs in späterer Fassung zu verabschieden und die Grundrechte zunächst zurückzustellen. Lassen Sie sich warnen durch das Beispiel der Frankfurter Paulskirche.

Abg. Dr. Beyerle (Ztr.): Ich möchte die Grundrechte in der Verfassung nicht missen. Sie müssen als wichtige Grundfragen der Erziehung und des Volkes zum staatsbürgerlichen Leben erhalten bleiben. Der Wortlaut muß vollständig und leicht verständlich sein.

Abg. Dr. Quard (Soz.): Der vorliegende Entwurf der Grundrechte macht einen uneinheitlichen Eindruck. Wir schließen uns dem Vorschlag des Herrn Regierungskommissars Dr. Preuß an.

Abg. Dr. Gehn (US): Die Vorlage zeigt Mangel an Wahrhaftigkeit und widerspricht sich unentgeltlich.

Abg. Sauer (Dem.) beantragt, die Verhandlungen abzubrechen. Eine von der Rechten gestellte Antrag wurde von der Regierung wohlwollend aufgenommen, und die größte Partei hat sie beinahe in einen Antrag verwandelt. Damit ist für die einzelnen Parteien eine neue Lage geschaffen, zu der sie Stellung nehmen müssen.

Das Haus beschließt demgemäß.

Schluß 12 Uhr 20 Minuten. Nächste Sitzung Samstag 9.30 Uhr. Berichte der Geschäftsordnungskommission und der Wahlprüfungskommission, erste und zweite Beratung des Gesetzes über die Anrechnung der Militärdienstzeit, dritte Beratung des Reichsbedienstetengesetzes und kleinerer Verträge.

Weimar, 12. Juli.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 9.45 Uhr.

Auf der Tagesordnung stehen Wahlprüfungen. Der Wahlprüfungsausschuß beantragt im zehnten Wahlkreis (Oppeln) die Berufung eines Bewerbers für ungültig zu erklären und folgende Entscheidung anzunehmen: Als schriftliche Erklärung über die Verbindung von Wahlvorschlägen im Sinne von § 12 d. r. Verordnung über die Wahlen vom 30. November 1918 gab auch die telegraphische Erklärung (Im Gegenstand dieser Auffassung hat nämlich der Wahlkommissar eine telegraphische Verbindung für ungültig erklärt).

Abg. Altkotte (Ztr.): Ein Telegramm kann als Beweisstück nicht angesehen werden, da der Absender nicht einwandfrei festgestellt werden kann.

Abg. Schmidt-Zachsen (Soz.): Schon die Bedürfnisse der Praxis zwingen dazu, die telegraphische Verbindung der schriftlichen gleichzustellen.

Geb. Rat Frhr. v. Belder: Das Reichsministerium des Innern schließt sich der Auffassung des Wahlprüfungsausschusses an. Die telegraphische Verbindung grundsätzlich der schriftlichen gleichzustellen, würde allerdings bedenklich sein.

Note Rosen.

Roman von H. Courths-Mahler.

77) Nachdruck verboten.

„Das kann ich mir denken, Mischen. Ich an ihrer Stelle hätte es auch getan.“

Miß Gladys lachte.

„Ach, er hätte mich sicher strafend angesehen und mir die Auskunft verweigert. Hier in Deutschland ist das anders als bei uns drüben in Amerika. Hier ist das unpassend.“

„Ja, Miß Gladys, dann ist es gut, Sie haben es nicht getan“, sagte Maggie.]

Graf Rainer war mit seinem Jüdergespann zur Station gefahren, um seinen Bruder Henning abzuholen. Herzlich und warm, wie immer, begrüßten sich die Brüder. Aber aus Hennings Augen flog ein hungeriger, sehnüchter Blick nach dem Wagen hinüber. Er hatte gehofft, Josta würde mit am Bahnhof sein. Aber er fragte nicht nach ihr.

Ein wenig besorgt sah Graf Rainer in das etwas schmal gewordene Gesicht des Bruders, aus dem die Augen so seltsam herausstauten.

„Du siehst nicht sehr wohl aus, Henning?“ fragte er, als er Arm in Arm mit dem Bruder zum Wagen ging.

Henning lachte scheinbar sorglos.

„Wie das so nach dem Mannöver ist, Rainer. Man hat nicht immer gute Quartiere, und die Strapazen vertreiben den Garnisonsmühsel.“

„Davon ist allerdings bei dir nichts zu merken. Nun, in diesen Wochen wirst du dich schon wieder herausmachen; meine Josta wird dich nach Kräften pflegen und verwöhnen“, scherzte Graf Rainer.

Und nun konnte Henning endlich von Josta sprechen.

„Wie geht es ihr?“ fragte er, seine Stimme festigend.

„Gott sei Dank, gut, Henning. Sie hat sich in Ramberg gut eingelebt. Nur ein wenig still war sie in der letzten Zeit. Doch das wird sich finden. Ich hoffe viel von deiner guten Laune und deinem sonnigen

Trost. Das ist es wohl, was Josta fehlt. Gerlinde und ich, wir sind zu ernst und gesetzt als Gesellschaft für so ein junges Blut. Josta wird uns übrigens ein Stück mit Gerlinde entgegenkommen zu Fuß nach Hause.“ Graf Henning fiel es nicht auf, daß sein Bruder gegen seine Gewohnheit ein wenig viel sprach. Er hatte zu viel mit sich selbst zu tun.

Gewiß, es ist mir sehr recht. Wie steht denn Josta mit Gerlinde?“

„Ausgezeichnet. Sie sind viel zusammen. Gerlinde ist fast den ganzen Tag im Schloß. Es ist ihr im Witwenhaus natürlich sehr einsam. Und wir können ja auch nur gewinnen, durch ihre Gesellschaft.“

Henning atmete tief auf. Es war ihm eine Erleichterung, daß er hörte, Rainer und Josta seien wenig allein. Sie hatten den Wagen bestiegen, und die Pferde liefen im schnellsten Tempo die Chaussee entlang. Der kleine Gepädwagen mit Graf Hennings Diener folgte etwas langsamer.

Dann bog der Wagen in den Ramberger Forst ein, darauf ging es über Wiesen und Felder, und dann wieder durch herrlichen Buchenwald, bis an den Park von Ramberg.

Noch ehe sie das Parktor erreichten, sahen die Herren weiße Kleider und farbige Sonnenschirme durch das Laub schimmern. Es war ein sehr warmer, sonniger Septembertag.

„Da sind die Damen schon!“ rief Rainer, und hielt den Wagen an. Er warf dem Begleitdiener die Zügel zu und sprang ab.

Graf Henning hatte Zeit sich zu fassen. Seine Augen flogen hinüber zu Josta. Er sah nur sie — Gerlinde bemerkte er gar nicht, sah nicht, daß sie ihn mit scharfen, forschenden Augen beobachtete. Für ihn ging die Welt jetzt völlig unter, er sah und wußte nichts, als daß da eine schlanke, holde Lichtgestalt auf ihn zukam, mit dem schönen, lieben Gesicht und dunklen, zärtlichen Augen. Und das Lächeln, das bei seinem Anblick über ihr Gesicht flog, dies Lächeln, das aus einer gütigen Frauenseele geboren ward, es legte sich wie Balsam auf die Wunde seines Herzens.

Ihm war, als berühre er den Boden nicht mit seinen Füßen, als er auf sie zueilte und, ihre Hand ergreifend, seine Lippen darauf presste. Ein tiefer Atemzug hob seine Brust, und vorläufig war mit ein tiefer, seliger Frieden in seinem Herzen.

„Willkommen, lieber, lieber Henning, willkommen daheim in Ramberg“, sagte Josta mit ihrer klaren, warmen Stimme sehr herzlich und erfreut.

„Grüß Gott, liebe Josta!“ rief er und sah mit leuchtenden sonnigen Augen in ihr Gesicht, in ihre Augen hinein. Und ihm war, als sei er schon ganz genesen, ganz glücklich und zufrieden, als sei alle jene schädliche Unruhe auf immer von ihm abgefallen. Er bewegte sich, daß aus den Tiefen ihrer Augen ein wehmütiger Ernst leuchtete. Nein — glückliche Trauenaugen waren das nicht, das sah er sogleich, wie Gerlinde auch gesehen hatte, als Josta nach Ramberg kam.

Auch auch Rainers Augen hatte ihm kein hellwolkenloses Glück entgegengelacht. Das hatte Henning unterwegs gesehen. Und so sehr er sich darum wunderte, kam es doch wie eine Erlösung über ihn, als er die Gewißheit hatte, daß Rainer und Josta nicht restlos glücklich waren miteinander.

„Guten Tag, Vetter Henning — ich bin nämlich auch da“, scherzte Gerlinde jetzt neben ihm.

Er schrat zusammen und sah nach ihrer Hand, die sie ihm lächelnd bot.

„Guten Tag, Gerlinde! Ich freue mich, dich noch zu sehen.“

„Das beruht auf Gegenseitigkeit. Nun bedank dich hübsch bei uns, daß wir dich festlich, wie auch Ehrentugenden, einholen. Josta hatte sogar den neuen Plan, auch noch weiter entgegen zu gehen. Aber ich habe hier am Parktor gestreift. Für den unergieblichen Waldboden ist meine Fußbekleidung nicht zureichend genug.“

(Fortsetzung folgt.)

0.90 Mt. Für Fleisch betragen die Zahlen: 15 Mt.,
7.60 Mt., 7.40 Mt., 2.45 Mt. Für Speck: 14 Mt.,
6.80 Mt., 7.20 Mt., 2.40 Mt. Für Fett: 11 Mt.,
9 Mt., 2 Mt., 0.60 Mt. Man kann sich leicht ausrechnen,
wie hoch die Zuschüsse des Kommunalverbandes sein werden,
wenn man diese Zahlen mit den vorgeschriebenen Rationen,
der Kopzzahl der Bevölkerung und der Dauer der Ver-
sorgungsperiode in Verbindung bringt.

* Wann endigt der Kriegszustand? Wie die „Berliner Vörsenzeitung“ meldet, wird die Frage, welches Datum als Ende des Krieges zu gelten habe, durch eine Verfügung der Regierung gelöst werden. Bald nach der Bestätigung wird der Reichspräsident eine Verfügung über die Beendigung des Kriegszustandes erlassen. Diese Verfügung muß erlassen werden, weil manche Gesetze noch geraume Zeit nach Beendigung des Kriegszustandes Geltung haben.

* **Minderwärtiger Zucker.** Vorsicht beim Einkauf von sogenanntem beschlagnahmefreiem Zucker. Vielfach wird jezt angeblich beschlagnahmefreier Zucker angeboten, der in Wirklichkeit Auslandsware sein soll. Dieser Zucker kostet einen übertrieben hohen Preis und ist qualitativ minderwertig, da er meistens einige Prozent Saccharin enthält. Das Publikum ist daher vor Einkauf von diesem Zucker dringend zu warnen, da Früchte, die mit derartigem Zucker eingemacht werden, nicht haltbar sind und bei Weinverbesserung auch der Wein verderben kann.

* Die künftige Stellung der Landräte. Ueber die beabsichtigte Neuordnung der Landratsämter wird mitgeteilt, daß der Landrat der oberste Kommunalbeamte des Kreises sein soll. Der Landrat wird für 12 Jahre vom Kreis gewählt und von der Regierung bestätigt. Die Bezahlung des Landrats übernimmt der Kreisverband.

* Wiesbaden. Der stellvertretende Regierungspräsident, Oberregierungsrat Gullav Springorum, dessen Verurteilung durch das französische Tribunalgericht gemeldet wurde, hat hiergegen Berufung eingelegt. Springorum ist vom Amte suspendiert und mußte sich schriftlich verpflichten, das Weichbild der Stadt nicht zu verlassen.

Demobilisirte Fürstinnen. Ein Mitarbeiter weist darauf hin, daß die Auflösung des deutschen Heeres auch eine Reihe von Damen demobilisirte, die insofern ihrer hohen Geburt ehrenhalber Regimentschefs waren. Wie das gute „deutsche“ Wort lautet: Man mußte natürlich Fürstin oder mindestens Prinzessin sein, um einer solchen Ehre-Auflage zu werden; und wenn auch im Gegentheil zu anderen Völkern deutsche Prinzen von Geblüt sich in die vordersten Schützengräben wagten, manch einer sogar sein Leben ließ, so sind selbstredend diese Ehren-Obristinnen niemals aufs Schlachtfeld gekommen. Da war zunächst die Kaiserin, die eine große Anzahl von Ehrenposten in der deutschen Armee bekleidete, dann die vier Schwestern des Kaisers, die Großherzogin von Hessen, die Fürstin von Schaumburg-Lippe, die ehemalige Königin von Griechenland und die Herzogin von Sachsen-Meiningen. Die Kaiserin war als kein Inhaberin von vier Regimentern, eines berühmten Gardesjäger-Regiments, eines Husaren-Regiments, eines Gardeartillerie-Regiments und eines Pionier-Regiments. Sie besaß dementsprechend auch zahlreiche Uniformen, trug sie aber selten genug. Die frühere deutsche Kronprinzessin dagegen trug die Uniform ihrer Regimenter recht gerne. Sie liebte es auch, die Front abzureiten oder im Kriege Eisene Kreuze zu verteilen. Heute sind diese sämtlichen weiblichen Obersten „a. D.“: sie haben still schweigend und ohne Feierlichkeit einen schlichten Abschied genommen.

Man muß sich zu helfen wissen. Aus einem kleinen toskanischen Städtchen wird folgende kleine Theateranecdote erzählt: Der Komiker der dortigen Schmiere hatte schon lange das Mißfallen sämtlicher Theaterbesucher erregt, weil er weit eher durch unwillkürliche als durch freiwillige Komik wirkte und ein beneidenswertes Gesichts in der Verbalhormung der Pointen zeigte. Eines Abends nun saß ein Zuschauer latter Graus und er entließ sich seines Schutzes und warf ihn mit schnellem Schwünge auf die Bühne, wo wenig geseht hätte und er wäre dem unglücklichen Komiker an den Kopf geflogen. Der strenge Jubel, den dieser Wurf auslöste, schlug jedoch rasch in eisiges Schweigen um; denn die Polzei verstand den Spas offenbar nicht. Er ließ das Parquet, woher das Geschloß geflogen war, schließen und durch einen Ausgang mußten nun sämtliche männlichen Zuschauer Nebue passieren. Der erste der heraustrat, hatte bloß einen Schuh an „Ada“, so meinte der Theaterdirektor lachend, „da hätten wir ja den Sünder gefaßt!“ „Nein, nein!“ meinte ein Polizist, „da ist er erst!“ Siehe da, auch der zweite ohne Schuh am linken Fuß. „Ich habe den Schuldigen!“ rief sich die Stimme eines Wachtmeisters vernehmen; aber — die Gesichter des Kontrollpersonals wurden länger und länger; das ganze Parquet hatte sich des einen Schutzes entledigt; es blieb dem „Direktor“ wie der Polizei nichts anderes übrig, als dem Stüde seinen Fortgang zu lassen, denn den Schuldigen zu ermitteln, mußte bei der Solbarkeit der Zuschauer angeschlossen erscheinen.

Woher kommt der Ausdruck „Ratifizierung?“ Das Wort Ratifizierung — oder, wie man früher ebenso häufig sagt, Ratifikation — liegt heute jeder in der Zeitung. Die wenigsten aber werden sich ein richtiges Bild davon machen können, was der Ausdruck bedeutet. Das Wort entstammt wie die Mehrzahl unserer Fremdwörter der lateinischen Sprache: „aliquid ratum facere“ heißt etwas rechtskräftig machen. Bei Verträgen, bedeutungsvollen Rechtsgeschäften oder diplomatischen Verhandlungen bedeutet es kurzerhand genehmigen. Der Hergang bei diplomatischen Verhandlungen, beispielsweise bei Friedensverhandlungen ist gewöhnlich der, daß sich Bevollmächtigte an einem ausgewählten Orte treffen, dort die Bedingungen absprechen und dann den besprochenen Vertrag aufsetzen und unterschreiben. Diese Unterschrift ist nach völkerrechtlichem Brauch nicht rechts-

Die „*Bot. Parl. Nachrichten*“ melden: Die Stelle im Reichsanwaltschaftsministerium ist erledigt. Nach-

derblich für den Vollmachtgeber; rechtlich wird der Vertrag erst durch die Genehmigung des Vollmachtgebers, die sogenannte Ratifikation oder Ratifizierung. Diese kann ohne Angabe von Gründen verweigert werden, wodurch sodann die vorhergehenden Verhandlungen hinfällig sind. Für gewöhnlich aber erfolgt die Ratifizierung dadurch, daß der Vollmachtgeber, also zum Beispiel das verantwortliche Ministerium, eine Genehmigungsurkunde ausfertigt und diese mit einem besonderen Bevollmächtigten an einen vereinbarten Ort sendet. Dort trifft der Bevollmächtigte mit dem Abgesandten der Gegenpartei zusammen, und sie tauschen alsdann ihre Genehmigungsurkunden gegenseitig aus, was in der Diplomatenpraxis die Auswechslung der Ratifikationen heißt. Dabei ist zu beachten, daß die Genehmigungsurkunden nicht das Datum der Genehmigung, sondern das des Abschlusses des Vorvertrages, der genehmigt wird, tragen. Erst mit dem Augenblick des Austausches der beiderseitigen Ratifikationen wird der geschlossene Vertrag rechtskräftig. Daraus ergibt sich, daß der erste Friedensstag erst nach dem Auswechslern der Ratifikationen kommt.

Angst vor dem Gelde? Von geschätzter Seite schreibt man uns: Eines der merkwürdigsten, wenn man will, betrüblichsten Zeichen unserer Zeit ist diese hanebüchene Angst vor dem Gelde, die ihrerseits zur Steigerung aller Preise nicht wenig beigetragen hat. Sie ist nicht etwa eine deutsche Eigenschaft, sie findet sich auch im Ausland. So haben die Bauern der „tschechoslowakischen Republik“, als bekannt wurde, daß der Staat eine Abkämpfung aller Papiergeldes vornehmen werde, nur um das Geld loszuwerden, die unsinnigsten Käufe gemacht; vor allem wurden die — zuweilen in Büchsen gefüllt, deren Preise selbstredend angesichts der ungeheuerlichen Nachfrage außerordentlich stiegen. Es gibt jetzt zahlreiche Bauern, die silberne Tafelaufsätze im Preise von 30 000 Kronen und mehr ihr eigen nennen, Dinge, mit denen sie nie was Rechtes anfangen wissen werden. — Bei uns in Deutschland merkt man die Angst vor dem Gelde so recht an der Steigerung des Grundstückswertes auf dem platten Lande.

Im Jahre 1914 kaufte ein jungverheirateter Bauer ein kleines niederbairisches Anwesen für 17 000 Mark; der Bauer fiel im Kriege; das Anwesen wurde infolgedessen 1917 an einen Nachbarn für 43 000 (!!) Mark verkauft. Dieser verkaufte es wieder an einen Händler im Jahre 1918 für 55 000 Mark, und dieser schlug es wiederum für 68 000 Mark los, das ist der vierfache Wert von 1914. — Nun wird jemand einwenden, daß landwirtschaftliche Grundstücke in der Tat heute einen höheren Nutzen als vor dem Kriege abwerfen, was teilweise diesen Mehrwert rechtfertigen könnte. Aber ein drittes Beispiel lehrt, daß auch Grundstücke ohne Nutzen ungemein im Preise anziehen: Am Ammersee in Oberbayern steht ein Häuschen, es hatte 1914 den Wert von 12 000 Mark, einschließlich des kleinen Gartens. Es gehörte einem alten Fräulein; die Gräfin starb 1919; sie hatte nie etwas richten lassen, das Haus war ziemlich verfallen. Ortsbewohner schätzten den Wert im Hinblick auf die notwendig vorzunehmenden Ausbesserungen einerseits, die allgemeine Preissteigerung andererseits auf höchstens 16—20 000 Mark. Ein jungverheiratetes Pärchen bot den Erben den erheblichen Ueberpreis von 25 000 Mark und erhielt als Antwort, daß bereit ein Angebot von — 60 000 (!!!) Mark vorliege! Dabei ist der jährliche Nutzwert (Mietwert) im Höchstfalle 600 Mark. Wenn sich der Mieter der 60 000 Mark dafür Staatspapiere kaufen würde, hätte er den fünffachen Nutzen. Aber es grassiert eben die Seuche der — Geldangst.

Kleine Chronik.

Drei Todesurteile. Das Schwurgericht in Hannover verurteilte die Ehefrau Sophie Buchmeier und deren Söhne, die Glasmacher Friedrich und Karl Buchmeier, sämtlich aus Wollshagen bei Osterkirchen in Schaumburg, wegen Gatten- bzw. Vätermordes, begangen im Mai 1919, zum Tode.

Verunglückter Flieger. Der Schweizer Leutnant Biber, der als erster sowohl die Alpen, als auch die Pyrenäen überflogen hatte, ist bei einem Fluge über Dübendorf in der Schweiz tödlich verunglückt.

Brand von Naphthaquellen. Der seit dem Jahre 1917 andauernde Brand der Naphthaquellen der Stadt Grozny verschlingt täglich für Millionen Naphtha.

Auswanderung. Wie die Schweizer Berliner Gesandtschaft mitteilt, hat sie 70 000 Anfragen für Pässe von Leuten erhalten, die aus Deutschland auswandern wollen.

Explosionsunglück. Im Gebäude des Artillerie-depots bei Frankfurt (Oder) explodierten Geschosse. 13 Arbeiter wurden tödlich verletzt.

Gottfried Keller. der berühmte Schweizer Dichter, wurde vor 100 Jahren, am 19. Juli 1819, in Zürich geboren, wo er am 16. Juli 1890 starb. Keller, der als epischer Dichter zu den ersten Meistern seines Jahrhunderts



Gottfried Keller
(Zum 100. Geburtstag am 19. Juli.)

gehörte, hinterließ zahlreiche Werke, in denen tiefe Gesinnung, kerniger Humor, anschauliche und originelle Phantasie und ein großartiges Darstellungsvermögen zur Geltung kamen.

Zur Aufklärung

des Artikels Blumenkohl von W. Wettstein.

Blumenkohl wird seit einigen Jahren (Blätter abgeschnitten handelsüblich) nach Gewicht verkauft. Der Preis desselben ist dem jeweiligen Preis der Spargel angepaßt und beträgt schon seit Ende Mai je nach Qualität 80 Pfg. bis 1,20 Mk. pro Pfund Großhandelspreis. Andere Gemüse, wie Erbsen und Bohnen, kosteten am 8. Juli: Erbsen 1,20, Bohnen 1,60, alles Großhandelspreis. Saatgut von Blumenkohl kostet das Kilo 1200,— Mk. Anzucht der Pflanzen seit September vorigen Jahres über Winter bis Anfang Mai unter Glas gezogen. Ernteaussatz 40 %. Eine Glascheibe 1,20 Mk. Aus obigem ist ersichtlich, daß der Preis von 1,20 Mk. erster Qualität gerechtfertigt ist.

Auf den gemeingefährlichen Artikel des Betreffenden einzugehen, halten die hiesigen Gärtner unter ihrer Würde, sondern überlassen es dem Urteil der Bevölkerung, ob diejenige „Sorte Menschen“, die täglich 2x8 Stunden angestrengt arbeiten und dadurch ermöglichen, daß überhaupt bei der stattgehabten Trockenheit Gemüse zu diesen Preisen in genügender Menge vorhanden war, rücksichtslos ins Zuchthaus müßten oder derjenige, der so gemeingefährliche Handlungen begeht, indem er zu Diebstahl und Plünderungen aufreizt. Ein sozialdemokratischer Führer von Wiesbaden verurteilt einen solchen Artikel und empfiehlt dem Verfasser erst Deutsch zu lernen, ehe er an die Öffentlichkeit tritt.

Wir empfehlen dem Herrn W. Wettstein sich am Kleingartenbau zu beteiligen.

Verkaufsvereinigung der Gemüsezüchter von Schierstein.

Chr. Kiefer.

Das Tuberkulose-Gespenst. Auf die erschreckende Ausbreitung der fürchterlichsten aller Volksseuchen, der Tuberkulose, kann nicht häufig genug hingewiesen werden. Dank der Tuberkulosebekämpfung war die Sterblichkeit an Lungenschwindsucht in den Jahren 1892 bis 1913 auf die Hälfte gesunken; sie betrug 1913 rund 40 000 Menschen in Deutschland. Bis zum Jahre 1916 stieg die Zahl schon auf 48 779, 1917 gar auf 67 900, um 1918 den erschreckenden Höchstbestand von 85 760 zu erreichen; das ist mehr als das Doppelte der Vorkriegszeit. Die Gründe hierfür sind vor allem in der Hungersnot, der dadurch entstandenen Unternahrung und deren Folgeerscheinungen zu suchen. Der Mangel an Nahrung, Kleidung, Wäsche, Schuhwerk u. dergleichen eben eine Minderung der Abwehrkräfte und d. h. Widerstandsfähigkeit des menschlichen Körpers, so daß sich die Seuche in sehr erschreckender Weise einmischen konnte.

Amtliche Bekanntmachungen.

Verkauf von Margarine.

Mittwoch, den 16. ds. Mts.

findet auf dem Rathause die Ausgabe von Margarine statt und zwar für den

3. Brotartenbezirk von 8 bis 9 Uhr		
1. "	9	10
4. "	10	11
2. "	11	12

Es werden auf jedes Familienmitglied 80 Gramm Margarine ausgegeben. 80 Gramm Margarine kosten 35 Pfennig. Brotkartenausweis der laufenden Woche ist vorzulegen. Dieser muß auf der Rückseite mit dem Namen des Haushaltungsvorstandes versehen sein. Mißliebige Verfeiner sind von der Ausgabe ausgeschlossen. Die Bezirke sind genau einzuhalten und die Beträge abgezählt mitzubringen.

Betr. Ausgabe von Gerstenmehl.

Die Ausgabe von Gerstenmehl für Kinder und Kranke findet Donnerstag vormittag von 9—10 Uhr gegen Vorlegung der Ausweise auf Zimmer 4 im Rathause statt. Ein Pfund Gerstenmehl kostet 80 Pfennig. Die Beträge sind unbedingt abgezählt mitzubringen.

Betr. Gemeindesteuerliste.

Die Gemeindesteuerliste der Personen mit Einkommen unter 900 Mk. liegt vom 20. Juli d. Js. ab 14 Tage lang, also bis einschl. 4. Aug. zur Einsicht im Rathaus Zimmer 6 offen.

Auf den Artikel des Herrn W. Wettstein folgende Erwiderung:

Der angeblich zu teuer bezahlte Blumenkohl muß wie folgt richtig gestellt werden: Da der Blumenkohl ein Gewicht von 3½ Pfund hatte und 1. Qualität war, mithin nicht 3,50 Mk., sondern im Ankauf 4,20 Mk. kostete, bitte ich den betreffenden Herrn, dem Verkäufer die fehlenden 70 Pfg. ohne Verdienst noch zu ergänzen. Die Volksjustiz würde sich dann von selbst erübrigen.

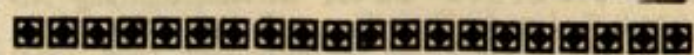
Gust. Bölich.

Betr. Blumenkohl.

Sprichwörtlich heißt es: Der getroffene Hund bellt. — Ihre Erwiderung zeigt mir so recht, daß Geistesarmut mit Dummheit gepaart, schließlich in der heutigen Zeit eine Gabe ist, die doch was einbringt. Sie gehen um den Kern der Sache herum, wie die Ratte um den heißen Brei. — Man kann sagen: Auf dem Dache sitzt ein Greis, der sich nicht zu helfen weiß.

Nach dem Sinn oder Unsinn Ihrer Erwiderung zu schließen, vertreten Sie die Ansicht derer, die da meinen, jeder Preis, der verlangt wird, muß bezahlt werden. Vielleicht werden auch Sie anderer Meinung werden, wenn die Wucherer vergangener Tage ihrem Geschick verfallen. Sie gehören nach allem zu der Kategorie von Menschen, die das Motto verfolgen: Deutscher bent' den Deutschen aus!

Wilhelm Wettstein.



Atelier für mod. Photographie.

F. Stritter, Bleibrich, Rathausstrasse 94.

Moderne Photos, Photoskizzen, Gruppenbilder, Heimaufnahmen, Vergrößerungen nach jedem Bild.

Reisepassbilder in sofortiger Ausführung.

Aufnahme bei jeder Witterung, bis abends 6½ Uhr. Sonntags von vorm. 10 bis nachm. 6½ Uhr geöffnet.



Ein guterhaltenes, vollständiges

Bett

und mehrere Stühle zu verkaufen. Ch. Siegert, Wilhelmstraße 34.

Gesucht per sofort ein braves, ehrliches

Hausmädchen

Jean Müller,

Dogheimerstr. 49.

Gleiches 14—16 jähriges

Mädchen

für vormittags gesucht. Dogheimerstraße 25.

Feinste gemahlene Amer.

Chocolade

zum Kochen, ¼ Pfd. 3,60 Mk.

empfehlen

Conditorei Wenz.